

Planentwurf zum Windpark Hamern-Gantweg im Bezirksausschuss diskutiert

# Bürger in zwei Schritten beteiligen

Von Florian Schütte

**BILLERBECK.** Bürgerbeteiligung lautet das Stichwort, um das sich die Diskussion über den Planentwurf zum Windpark Hamern-Gantweg im Bezirksausschuss am Dienstagabend drehte. „In zwei Schritten werden die Bürger umfassend beteiligt“, betonte Stadtplaner Michael Ahn vom Büro WoltersPartner. Bei zwei Gegenstimmen der SPD sprach sich der Ausschuss schließlich mehrheitlich dafür aus, die 50. Änderung des Flächennutzungsplans durchzuführen, den Aufstellungsbeschluss bekannt zu machen und mit den Planentwürfen die Öffentlichkeit frühzeitig zu beteiligen.

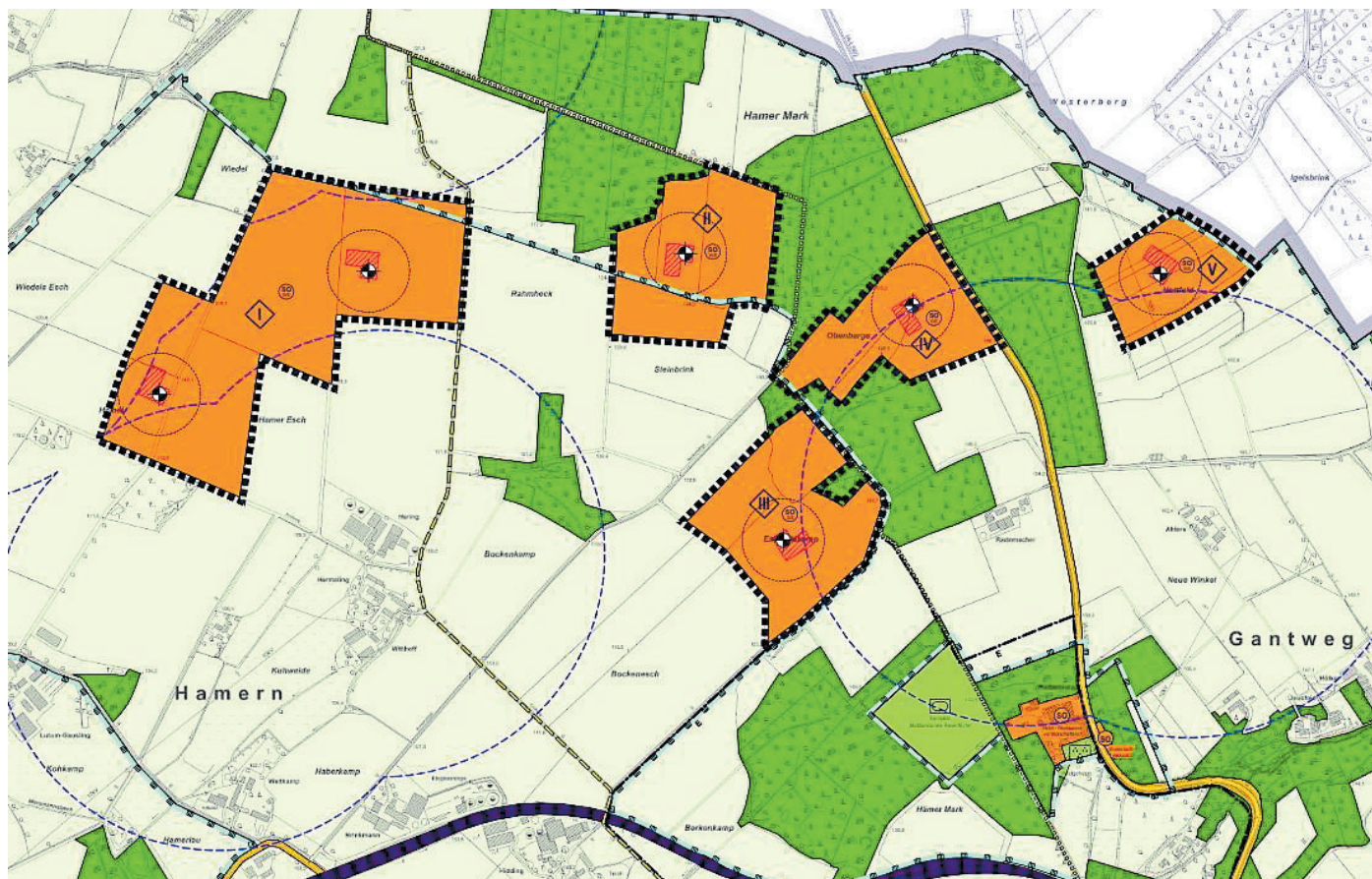
Die SPD hätte auf Antrag gerne schon zu Beginn das Thema in den nächsten Bezirksausschuss verwiesen, „weil uns einige Unterlagen noch fehlen“, begründete Petra Beil. Dieser Antrag wurde jedoch mehrheitlich abgelehnt.

Beschlossen hatte der Rat bereits die Positivplanung,

**„Was uns ganz wichtig ist, ist das Mitnehmen der Bevölkerung. Das fällt uns sonst nachher vor die Füße.“**

Petra Beil (SPD)

also mehr Windkraft zu ermöglichen, als nach Vorgaben des Landes nötig wäre, sowie die Leitlinien hierzu. Über Letztere wird am 11. April in einer Veranstaltung gesondert informiert. Michael Ahn erklärte, der jetzige Beschluss sei nur ein erster Aufschlag mit dem Ziel, „den Bereich für Windener-



Die erste Positivplanung zur Windkraft sieht sechs Potenzialflächen im Bereich Hamern-Gantweg vor. Die blauen Radien regeln die Abstände zur Wohnbebauung. In Überschneidungsbereichen zu den Potenzialflächen darf keine Windkraftanlage errichtet werden.

Plan: WoltersPartner

gie zu privilegieren“. Welchen Anträgen zu Windkraftanlagen letztlich stattgegeben werde, liege in der Hand des Kreises Coesfeld, der das immissionsrechtliche Genehmigungsverfahren durchführe, so der Diplom-Ingenieur. Ein „sehr umfangreiches“ Gutachten zum Artenschutz sei bereits geführt worden. Der Umweltbericht sei wegen Personalmangels noch in der Bearbeitung und auch die Schallimmissionsprognose werde noch finalisiert (wir berichteten). Und genau daran störte sich die SPD. „Ganz klar befürworten wir erneuerbare Energien und Windkraft“, sagte Petra Beil. „Wir haben aber den Ein-

druck, dass das Verfahren mit großer Beschleunigung durchgezogen werden soll, damit sich möglichst wenig Widerstand in der Bevölkerung regt“, sprach sich Beil deutlich für die Mitnahme der Bevölkerung aus.

Michael Ahn betonte daraufhin noch mal, dass die Bürger durch den Beschluss in einem ersten Schritt frühzeitig über die Absicht informiert würden. „Parallel dazu holen wir sämtliche Fachmeinungen ein, tragen diese zusammen und gehen damit noch mal an die Bürgerschaft, die dann vier Wochen Zeit für Einwände hat“, führte der Stadtplaner weiter aus.

Ralf Flüchter (Grüne) frag-

te Ahn, ob er den von einigen Bedenkenträgern geäußerten Vorwurf der Willkür nachvollziehen könne. „Man kann wirklich nicht sagen, dass wir hier nicht sorgfältig

**„Das hier ist ein Musterbeispiel für eine zweistufige Bürgerbeteiligung.“**

Stadtplaner Michael Ahn

waren“, antwortete Ahn. „Und Sie haben ja schon gezeigt, dass Sie den Grundgedanken haben, dass Sie Windkraft eben nicht überall zulassen können.“ Einen weiteren oftmals geäußerten Vorwurf wollte Thomas

Schulze Temming (CDU) nicht gelten lassen: „Bei 45 Familien, die eine GbR gegründet haben, sehe ich auch nicht, dass hier Einzelinteressen verfolgt werden.“

Sarah Bosse (SPD) sprach sich trotzdem dafür aus, einen ersten Beschluss erst nach der Bürgerinformation über die Leitlinien zu fassen, „um Bedenken auszuräumen“. Maggie Rawe (Grüne) bekräftigte daraufhin, dass die Bürger nach dieser Infoveranstaltung immer noch „zwei Wochen Zeit bis zur Ratssitzung“ hätten. „Wir treffen nur den Beschluss, in die Planungen einzusteigen und informieren die Bürger“, fasste Schulze Temming am Ende noch mal zusammen.